

ENGAGIERTE GEWINNEN – DISKUSSIONSRÄUME SCHAFFEN – ZIVILGESELLSCHAFT SCHÜTZEN

RESSOURCENANALYSE

ZUR STÄRKUNG DER DEMOKRATISCHEN KULTUR

IM LANDKREIS SÖMMERDA

Cornelius Helmert und Maja Herms

November 2025

EINE STUDIE DES:



IN TRÄGERSCHAFT DER:



IM AUFTRAG DER PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE IM
LANDKREIS SÖMMERDA, GETRAGEN DURCH:



IMPRESSUM

Eine Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena im Auftrag der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie (PfD) im Landkreis Sömmerda.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**

Freistaat
Thüringen



Ministerium
für Soziales, Gesundheit,
Arbeit und Familie



Thüringer Landesprogramm
für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Autor*innen:

Cornelius Helmert
Maja Herms

Lektorat:

Britta Kollberg

Herausgeber:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena
In Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung
Tatzendpromenade 2a | 07745 Jena | www.idz-jena.de

Redaktionsschluss: 17. November 2025

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG	3
1 EINLEITUNG	4
2 FORSCHUNGSFRAGEN UND METHODIK	5
3 RESSOURCEN UND POTENTIALE ZUR STÄRKUNG DER DEMOKRATISCHEN KULTUR IM LANDKREIS SÖMMERDA	6
3.1 Mobilisierung und Unterstützung prodemokratisch Engagierter	8
3.1.1 Gewinnung neuer und Unterstützung bereits Engagierter	8
3.1.2 Etablierung und Unterstützung von Diskussionsräumen	11
3.1.3 Schutz Engagierter	12
3.2 Sicherung und Stärkung Zivilgesellschaftlicher Engagementstrukturen	14
3.3 Kommunales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus	16
3.4 Situation von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen	19
3.5 Stärkung von Angeboten und Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche....	22
4 SCHLUSS	23
5 LITERATURVERZEICHNIS	24

ZUSAMMENFASSUNG

Die vorliegende *Ressourcenanalyse zur Stärkung der demokratischen Kultur im Landkreis Sömmerda* zeigt: Die demokratische Kultur steht aufgrund einer ausgeprägten Polarisierung, rechtsextremer Landnahme und zunehmender Bedrohungen gegenüber zivilgesellschaftlich Engagierten stark unter Druck. Gleichzeitig gibt es eine engagierte, jedoch häufig personell überlastete demokratische Zivilgesellschaft, die zentrale Funktionen für die demokratische Kultur des Landkreises übernimmt. Zur Stärkung dieser Strukturen empfiehlt die Analyse den gezielten Ausbau von Engagement, insbesondere durch die Gewinnung neuer Akteur*innen, die professionelle Sichtbarmachung bestehender Initiativen sowie eine verbindliche Anerkennung durch Kommunalpolitik und Verwaltung.

Zudem benötigt der Landkreis langfristig angelegte Diskussions- und Begegnungsräume, die lebensweltlich orientiert sind und Polarisierung abbauen. Ein zentrales Erfordernis ist der Schutz demokratisch Engagierter durch ein kommunales Schutzkonzept sowie ein umfassendes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, das Prävention, Monitoring, Austauschformate und die Einbindung aller demokratischen Akteur*innen systematisch verknüpft.

Ein besonderer Fokus liegt dabei auf gesellschaftlich marginalisierten Gruppen sowie Jugendlichen, für die sichtbare Anlaufstellen, Schutzräume und gestärkte Partizipationsmöglichkeiten geschaffen bzw. erweitert werden müssen. Die Analyse betont, dass all diese Maßnahmen nur durch ausreichende Ressourcen und eine enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft wirksam umgesetzt werden können.

1 EINLEITUNG

Im Februar 2025 erschien die *Situationsanalyse der demokratischen Kultur und ihrer Gefährdungen im Landkreis Sömmerda* (Helmert et al. 2025c). Darin wurde dargelegt, wie die demokratische Kultur im Landkreis durch verschiedene Phänomene unter Druck gerät. Allen voran durch das Erstarken der rechtsextremen *Alternative für Deutschland* (AfD) und deren Diskursbestimmung. 2024 war diese u. a. bei den Kommunalwahlen mit ihrer Strategie der Landnahme und Normalisierung auf lokaler Ebene erfolgreich (vgl. Kamuf et al. 2024; Tuschling 2025). Im Februar 2025 setzte sich dieser Trend bei der Bundestagswahl fort. Der Direktkandidat des Wahlkreises 190 (Jena – Sömmerda – Weimarer Land I), Stefan Schröder, konnte den Wahlkreis gewinnen, der 2021 noch an den SPD-Kandidaten gegangen war. Schröder erhielt im Landkreis Sömmerda 44,3 % Zustimmung, die AfD konnte 44,2 % der Zweitstimmen gewinnen (Thüringer Landesamt für Statistik 2025). Das ist sowohl in Bezug auf den Stimmenanteil als auch auf die absoluten Stimmen eine deutliche Steigerung im Vergleich zur Landtagswahl am 1. September 2024 (vgl. Helmert et al. 2025c, S. 13). Hier setzte sich *rechtsextreme Landnahme* auf elektoraler Ebene nach Erscheinen der Situationsanalyse entsprechend fort. Neben rechtsextremen Wahlerfolgen und deren Auswirkungen beschreibt die Situationsanalyse verschiedene Herausforderungen für die demokratische Kultur: von fehlendem prodemokratischem Engagement und Positionierungen über zu gering ausgebildete Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche bis hin zu fehlenden Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für von Diskriminierung Betroffene.

In der vorliegenden Ressourcenanalyse werden nun aufbauend auf der Situationsanalyse Möglichkeiten aufgezeigt, wie den dargestellten Problemlagen begegnet werden kann. Zentrale Zielgruppe ist dabei die „Partnerschaft für Demokratie“ im Landkreis Sömmerda, die bereits in der Situationsanalyse als Knoten- und Vernetzungspunkt im Landkreis herausgestellt wurde (ebd., S. 28). Daneben sollen mit den Handlungsempfehlungen der Ressourcenanalyse aber auch die demokratische Zivilgesellschaft des Landkreises, Kommunalverwaltung und -politik angesprochen werden. Dabei sind die Handlungsempfehlungen nicht als abzuarbeitender Katalog, sondern als Diskussionsgrundlage für die vorgenannten lokalen Akteur*innen zu verstehen.

2 FORSCHUNGSFRAGEN UND METHODIK

Bei der Erstellung der Ressourcenanalyse wurden folgende aus der Situationsanalyse (Helmert et al. 2025c) abgeleitete Forschungsfragen zugrunde gelegt:

- Wie können die demokratischen Engagementstrukturen im Landkreis gestärkt werden?
- Welche Potenziale für weitere Engagementstrukturen können aktiviert werden?
- Welche Handlungskonzepte können dafür genutzt werden?
- Welche Ressourcen von außerhalb können den beschriebenen Problemlagen begegnen?

Bei der Beantwortung dieser Forschungsfragen orientierte sich die vorliegende Ressourcenanalyse am etablierten Analyseschema für Situations- und Ressourcenanalysen des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ), das bereits in der Situationsanalyse für den Landkreis Sömmerda angewendet wurde. Das Schema fokussiert auf die lokalen Kontexte und bezieht dabei den Raumkontext, die Situation von Diskriminierung und Rechtsextremismus im jeweiligen Landkreis sowie die demokratische Zivilgesellschaft ein (vgl. Helmert et al. 2025a). Methodisch wurden bei der vorliegenden Ressourcenanalyse in einem ersten Schritt Literaturrecherchen zu vorhandenen Handlungskonzepten durchgeführt und auf ihre Anwendbarkeit im Landkreis Sömmerda geprüft. Daneben erfolgten teilnehmende Beobachtungen (vgl. Diekmann 2004, S. 474) bei sechs Treffen von Engagementstrukturen, um aktuelle Diskussionspunkte und vor allem Herausforderungen aus der Außenperspektive zu erfassen.

Im Zeitraum von September bis Oktober 2025 wurden zusätzlich fünf leitfadengestützte Interviews mit Expert*innen aus dem Landkreis durchgeführt. Die Expert*innen wurden auf Basis der in der Situationsanalyse durchgeführten Übersicht über die Engagementlandschaft im Landkreis Sömmerda ausgewählt und umfassen wichtige Perspektiven des demokratischen Engagements. Die interviewten Expert*innen kamen aus den Bereichen demokratische Zivilgesellschaft, Kommunalverwaltung und -politik, Beratung und Interessensvertretungen. Die mündlich geführten Interviews wurden mitgeschnitten, transkribiert, anonymisiert und mittels qualitativer Inhaltsanalyse nach Mayring (2022) ausgewertet. Eines der Interviews wurde schriftlich geführt.¹ Die Ergebnisse der verschiedenen Erhebungsschritte wurden miteinander abgeglichen und zu anwendungsbezogenen Empfehlungen verdichtet.

¹ An dieser Stelle möchten wir uns ausdrücklich bei allen Befragten bedanken, die diese Studie mit ihrer Perspektive und ihrem Wissen bereichert und unterstützt haben.

3 RESSOURCEN UND POTENTIALE ZUR STÄRKUNG DER DEMOKRATISCHEN KULTUR IM LANDKREIS SÖMMERDA

„Was ich die letzten Jahre [erlebt habe ...], ist wirklich, dass die politische Diskussion verroht ist, dahingehend, dass auch die persönlichen Angriffe stärker geworden sind, heftiger geworden sind, es nicht mehr immer unbedingt um die Sachebene geht und sich vor allen Dingen diejenigen, die versuchen, irgendwie noch sachlich zu arbeiten, sich eher auch zurückziehen, weil sie halt das Gefühl haben, dass die anderen in der Überhand sind und man auch selber aus persönlichem Schutz heraus sagt, man zieht sich eher zurück.“ (Interview 4)

Die in der Situationsanalyse aufgezeigte Wahrnehmung der politischen Kultur im Landkreis Sömmerda wurde auch in den Interviews der vorliegenden Ressourcenanalyse bestätigt. Demnach ist die politische Kultur im Landkreis stark von einer Polarisierung geprägt. Diese lässt sich nicht nur an den Wahlergebnissen ablesen, sondern ist auch im Alltag präsent: *„Und ich muss sagen, so als Bürgerin, wenn ich im Dorf unterwegs bin, bewege ich mich manchmal in manchen Kontexten wie auf rohen Eiern.“* (Interview 2) Diese Polarisierung äußert sich bei den Interviewpartner*innen einerseits über Unsicherheiten im Alltag, wie im vorangegangenen Zitat dargestellt, reicht aber auch bis hin zu einem umfassenden Bedrohungsszenario für demokratisch Engagierte, wie es bereits in der Situationsanalyse (Helmert et al. 2025c, S. 17 ff.) geschildert wurde. Dieses Bedrohungsszenario ist neben weiteren Gründen eine Ursache dafür, dass einige Engagierte überlegen, ihr Engagement aufzugeben und sich zurückzuziehen. Weitere Gründe dafür sind fehlende Anerkennung und Unterstützung durch Kommunalpolitik und Verwaltung sowie eine fehlende Selbstwirksamkeitswahrnehmung: *„Und ich hatte dieses Jahr auch schon zweimal ein Tief, wo ich so gesagt habe, warum machst du das denn alles? Das ist sinnlos, das bringt ja überhaupt nichts.“* (Interview 1) In den Interviews bestätigte sich zudem, dass alle befragten demokratisch Engagierten in mehreren Initiativen und Gruppen organisiert sind und sich daher häufig überlastet fühlen.

Auch Amts- und Mandatsträger*innen sehen sich zunehmend mit Diffamierungsversuchen sowie mit Versuchen der Delegitimierung staatlicher und politischer Institutionen konfrontiert. Dies kann zum Rückzug führen. *„Es ist bereits Fakt, dass weniger Personen bereit sind, ehrenamtlich politische Ämter zu übernehmen, was insbesondere in kleinen Orten zu einem politischen Vakuum führen kann.“* (Interview 5)

All dies zeigt Handlungsnotwendigkeiten zur Absicherung des demokratischen Engagements und damit der demokratischen Kultur im Landkreis Sömmerda auf. Einige Handlungsoptionen, die sich aus der systematischen Außenperspektive ergeben haben, werden im Folgenden dargestellt. Diese richten sich einerseits an bereits existierende Engagementstrukturen, um Handlungsansätze zur Stärkung des eigenen Engagements zu entwickeln. Andererseits richten sie sich an Kommunalverwaltung und -politik, die ebenfalls aufgerufen sind, Engagementstrukturen zu stärken und somit die demokratische Zivilgesellschaft als zentralen Teil einer *wehrhaften Demokratie* abzusichern.

3.1 MOBILISIERUNG UND UNTERSTÜTZUNG PRODEMOKRATISCH ENGAGierter

3.1.1 Gewinnung neuer und Unterstützung bereits Engagierter

Eine zentrale Herausforderung zur Stärkung der demokratischen Kultur ist die Gewinnung neuer Engagierter für die demokratische Zivilgesellschaft. Dies ist die zentrale Aufgabe, um:

- der Überlastung von Engagierten vorzubeugen,
- das Engagement breiter aufzustellen,
- mehr Perspektiven in der demokratischen Zivilgesellschaft zu vertreten,
- der Polarisierung in der politischen Kultur entgegenzuwirken.

Die Gewinnung neuer Engagierter der demokratischen Zivilgesellschaft ist auch ein Potenzial zur Gewinnung neuer ehrenamtlich kommunalpolitisch Engagierter. Basierend auf der Literaturrecherche, den Interviews und den teilnehmenden Beobachtungen können vier zentrale Handlungsempfehlungen dafür abgeleitet werden:

⇒ Direkte Ansprache von unerschlossenen Personen und Strukturen

Im Landkreis Sömmerda gibt es zahlreiche Vereine und Organisationen, die unterschiedliche Menschen ansprechen und miteinander verbinden. Dazu zählen beispielsweise Kirchen, Sportvereine, freiwillige Feuerwehren und Kirmesvereine. Ein Problem liegt darin, dass diese sich häufig selbst nicht als Akteur*innen in einer dezidiert demokratiefördernden Rolle verstehen. Obwohl es eine anerkannte Querschnittsaufgabe der Gesellschaft ist, sich für demokratische Werte einzusetzen und demokratiegefährdenden Entwicklungen entgegenzutreten, bleibt eine Betätigung oder Positionierung dieser Vereine und Organisationen oft aus. In den Interviews der vorliegenden Studie zeigte sich, dass es vor allem unter den Kirchen im Landkreis positive Beispiele gibt, die sich für eine demokratische Gesellschaft einsetzen. Eine solchen Beispielen folgende breitere **prodemokratische Positionierung dieser akzeptierten Institutionen** wurde als notwendige Grundlage für die Ansprache unerschlossener Bürger*innen betrachtet. Damit könnten einerseits neue Engagierte gewonnen und motiviert und andererseits rechtsextreme Vereinnahmungsversuche verhindert werden (vgl. Siemer et al. 2022, S. 30).

Zentral dabei ist es, **Scharnierpersonen** in ländlichen Beziehungsnetzwerken zu identifizieren und für eine prodemokratische Positionierung zu gewinnen. Solche Personen verfügen einerseits über Mobilisierungspotenzial in der lokalen Bevölkerung und andererseits über Kontakte und Netzwerke in Kommunalverwaltung und -politik (vgl. Jugel und Hertel 2024, S. 31).

Darüber hinaus ist ein konkreter **Alltagsbezug** zu bisher nicht erreichten Zielgruppen ein wichtiger Ausgangspunkt für die Beziehungsarbeit mit potenziell neu Engagierten. Interviewte der Ressourcenanalyse beschrieben beispielsweise, dass bereits das abstrakte Wort „Demokratie“ beim Kontaktaufbau zu Abwehrreaktionen führen könne: *„Ich traue mich ja schon kaum, das Wort ‚Demokratie‘ zu erwähnen, weil ich Angst habe, dass ich dann Leute verliere.“* (Interview 1) Weiterhin können Ansätze und Projekte mit lokalgeschichtlichem Bezug Ausgangspunkte für den Beziehungsaufbau sein (vgl. Dietrich et al. 2021, S. 110).

⇒ Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit

Ein weiterer Ansatzpunkt, um neue Engagierte zu gewinnen, ist die verstärkte Sichtbarkeit bereits bestehender Engagementstrukturen und ihrer Aktivitäten. Dies ist für die untersuchten Engagementstrukturen nur begrenzt der Fall. Bezüglich des Demokratiefests am 23. August 2025 in der Stadt Sömmerda wurde durch Interviewte insbesondere die überregionale Mobilisierung als tragfähig beschrieben. Eine **Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit** in Form von Fort- und Weiterbildungen für Engagierte erscheint als ungehobenes Potenzial (vgl. Jugel und Hertel 2024, S. 37). Eine breitere Sichtbarkeit des vorhandenen Engagements könnte zugleich die Möglichkeit bieten, neue Engagierte zu mobilisieren.

⇒ Anerkennung und Sichtbarkeit von Engagement

Prodemokratisches zivilgesellschaftliches Engagement im Landkreis Sömmerda lastet derzeit noch auf wenigen Schultern (vgl. Helmert et al. 2025c, S. 27 f.), die zudem durch ein breites Bedrohungsszenario (vgl. ebd., S. 30 f.) belastet sind. Hinzu kommt, dass, in der Wahrnehmung von Befragten, das Engagement von Kommunalpolitik und -verwaltung zu wenig anerkannt wird:

„Das ist halt demotivierend und kräftezehrend, und ich glaube, viele haben nicht die Kraft, das über Jahre dann durchzuziehen. Und da wäre es halt gerade gut, wenn politisch oder so sich mal jemand hinstellt und sagt, hey, was ihr macht, das ist gut, das ist wertvoll, wir stehen hinter euch.“ (Interview 1)

Gleichzeitig ist die Anerkennung eine wesentliche Voraussetzung für die Motivation zu zivilgesellschaftlichem Engagement: *„Wenn zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit ‚gegen Rechts‘ gesellschaftlich gewollt ist, muss sie in ihrer Vielfalt und ihrer Historie anerkannt und verlässlich unterstützt werden. Auch oder besonders dort, wo sie unbequem ist.“* (Leber et al. 2024, S. 2). Zentral ist, dass Kommunalpolitik und -verwaltung ein Bewusstsein für den Wert entwickeln, den eine kritische Zivilgesellschaft in Demokratien hat.

Die Form der Anerkennung kann dabei sehr unterschiedlich ausgestaltet sein. Eine Möglichkeit wäre die Einführung einer **symbolischen Auszeichnung**, um zivilgesellschaftliches Engagement anzuerkennen, wie es beim *Jenaer Preis für Zivilcourage* (Kokont Jena 2025) oder beim *AktionsPreis*

*Demokratie im Saale-Holzland-Kreis (Aktionskreis Demokratie 2025) der Fall ist. Symbolische Anerkennung kann jedoch auch durch die Kommunalverwaltung gestaltet werden. Beispielsweise könnten „**vergünstigter oder kostenloser ÖPNV für engagierte Jugendliche [...], verminderte Eintrittsgelder bei beliebten Einrichtungen oder Gutscheine** eine Überlegung sein, um Anreize für Engagement zu schaffen.“ (Helmert et al. 2025a, S. 21 f.)*

Neben der symbolischen Anerkennung ist auch die strukturelle Anerkennung in Form der Sicherung der demokratischen Infrastruktur durch die Kreisverwaltung notwendig (vgl. Kapitel 3.2). Von wesentlicher Bedeutung ist eine Abgrenzung von Narrativen, über die eine strategische Delegitimierung von Demokratiearbeit vorangetrieben wird (vgl. Weiberg et al. 2025). Hier ist es die Aufgabe von Kommunalverwaltung und -politik, sich schützend vor die demokratische Zivilgesellschaft als wesentlichen Teil der *wehrhaften Demokratie* zu stellen.

⇒ Fortbildung der Engagierten

Die Interviews und insbesondere die teilnehmenden Beobachtungen der vorliegenden Ressourcenanalyse haben einerseits gezeigt, dass es in den zivilgesellschaftlichen Engagementstrukturen des Landkreises Sömmerda einen breiten Bedarf an Weiterbildungen zu verschiedenen Inhalten gibt, beispielsweise Argumentationstrainings oder Workshops zur Entwicklung neuer demokratiefördernder Formate (teilnehmende Beobachtung 2). Andererseits wird bereits eine Vielzahl von Fortbildungen angeboten und umgesetzt. Hier gilt es, weitere Bedarfe zu erheben und ein **strukturiertes Fortbildungsmanagement** für die engagierte demokratische Zivilgesellschaft zu erarbeiten. Dafür ist auch eine kontinuierliche Fortbildung der lokalen *Partnerschaft für Demokratie* selbst zentral, die eine Schlüsselfunktion im zivilgesellschaftlichen Engagement im Landkreis einnimmt, um Wissen und Fähigkeiten an Engagierte weiterzugeben:

*„Das betrifft in erster Linie das Netzwerkwissen, das zum einen durch begleitete Situationsanalysen erweitert und dann mit den entsprechenden Netzwerk-Kompetenzen auch angewendet werden kann. Zugleich sollten die Mitarbeitenden der Partnerschaften sowie deren Mitglieder im Umgang mit rechtsextremen Tendenzen und demokratieskeptischen Akteur*innen, der Identifikation von lokalen Problemlagen, aber auch örtlich relevanter Themen und überhaupt dem Umgang mit schwer erreichbaren Räumen und Zielgruppen (bes. demokratieskeptischer Personen) geschult sein und bei entsprechenden Bedarfen ein Angebot zur Weiterbildung erhalten. [sic] Das könnte unter anderem auch eine Weiterbildung oder gemeinsame Erarbeitung von weiteren thematischen Schnittpunkten zu ehrenamtlichen Strukturen umfassen, die bislang noch nicht oder zu wenig mit demokratiepolitischen Fragestellungen in Verbindung gebracht worden sind.“ (Becker et al. 2024, S. 41)*

3.1.2 Etablierung und Unterstützung von Diskussionsräumen

Bereits in der Situationsanalyse wurden weggefallene bzw. nicht vorhandene Diskussionsräume als zentrale Herausforderung der politischen Kultur im Landkreis Sömmerda benannt (vgl. Helmert et al. 2025c, S. 23 f.). Dieser Eindruck bestätigte sich auch in Interviews der Ressourcenanalyse:

„Also, ich glaube, Begegnungsorte sind das A und O, weil letztlich passieren Ressentiments aufgrund der Tatsache, dass man das andere nicht kennt, dass man Sorge hat davor, vor Andersartigkeit. Aber wenn man Menschen kennenlernt, die aus einem anderen kulturellen Hintergrund kommen, Menschen kennenlernt, die eine Behinderung haben, und merkt, wie spannend so ein Zusammenleben auch sein kann, dann verändert es was in der Perspektive aufs Leben, auf ein Miteinander. Und das ist meine große Hoffnung.“ (Interview 2)

Dies wirkt sich verstärkend auf die Polarisierung der politischen Kultur im Landkreis aus, da wesentliche gesellschaftliche Fragestellungen nur noch schwer diskursiv vermittelt werden können. Die Etablierung entsprechender Diskussionsräume ist demnach eine Handlungsstrategie, um der Polarisierung entgegenzuwirken und die breite Bevölkerung wieder miteinander ins Gespräch zu bringen. Andererseits bieten solche Begegnungsräume das Potenzial, neue Engagierte zu gewinnen und ihnen Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen (vgl. Kessler und Fuß 2025, S. 153). Damit können Diskussionsräume auch dazu beitragen, dass das Vertrauen in kommunale und staatliche Strukturen zurückgewonnen werden kann.

Die Etablierung dieser Räume ist jedoch herausfordernd, da sie langfristig angelegt sein müssen und Angebote, die unter dem Label *Demokratiebildung* laufen, oft abwehrend aufgenommen werden (vgl. 3.1.1). Ansätze zur Etablierung von Diskussionsräumen sollten daher einen starken lebensweltlichen Bezug haben und weniger abstrakte Zielsetzungen, wie beispielsweise Demokratiebildung, verfolgen (vgl. Dietrich et al. 2021, S. 104). Dieser Lebensweltbezug kann hergestellt werden, indem lokalhistorische Bezüge genutzt und negative Transformationserfahrungen thematisiert sowie konkrete Problemlagen der Menschen vor Ort behandelt werden, die meist fernab bundespolitischer Themensetzungen wie bspw. Migrationspolitik liegen.

Infolge der Situationsanalyse für den Landkreis Sömmerda wurden, koordiniert durch die Partnerschaft für Demokratie, bereits zwei Ansätze implementiert, die entsprechende Diskussionsräume herstellen sollen: **Community Organizing** (vgl. Meier et al. 2022) im Sömmerdaer Stadtteil „Neue Zeit“ und **Dorfgespräche** (vgl. Wenzel et al. 2019) in einer ländlichen Gemeinde des Landkreises. Beide Ansätze befinden sich zum Redaktionsschluss noch in der Implementierungs- und Umsetzungsphase, sodass eine Evaluation der längerfristigen Wirkung an dieser Stelle nicht möglich ist.

Aus den Interviews und teilnehmenden Beobachtungen der Ressourcenanalyse lässt sich jedoch bereits ableiten, dass die Umsetzung der Konzepte für die Initiiierenden z. T. sehr zeitintensiv ist und somit wiederum Hürden für das Engagement schafft. Die längerfristige Etablierung und idealerweise Ausweitung von Diskussionsräumen zielt allerdings darauf ab, neue Engagierte zu mobilisieren und somit die Engagementstrukturen zu entlasten.

Nach der Implementierungsphase sollten beide Ansätze evaluiert werden. Dabei ist zu überprüfen, ob eine Ausweitung mit den vorhandenen Ressourcen möglich ist bzw. ob dafür neue Ressourcen gewonnen werden können. Zudem sollte überprüft werden, ob die Ansätze für den

Landkreis und die Zielsetzung geeignet sind oder ob andere Konzepte zur Etablierung neuer Diskursräume ausprobiert werden sollten.

3.1.3 Schutz Engagierter

In den letzten Jahren ist eine stetige Zunahme von Bedrohungen und Angriffen mit rechtsextremer Motivation zu verzeichnen. Im Fokus dieser Bedrohungen und Angriffe sind alle demokratisch Engagierten. Das heißt, neben demokratischer Kommunalverwaltung und -politik (vgl. Kamuf et al. 2022; Salheiser et al. 2023) auch explizit die demokratische Zivilgesellschaft.

Das Phänomen der zunehmenden Bedrohungen und Angriffe kann überregional beobachtet werden (vgl. bspw. VBRG 2025; Bochmann et al. 2025) und ist ebenso im Landkreis Sömmerda festzustellen. Bereits in der Situationsanalyse berichteten einige der Interviewten von Bedrohungen, Einschüchterungen bis hin zu Tötlichkeiten (vgl. Helmert et al. 2025c, S. 17 f.). Diese Offline-Bedrohungen verstärken sich durch das Phänomen rechtsextremer Online-Mobilisierung (vgl. Fielitz et al. 2020). Die verschiedenen Formen von Bedrohungen und Angriffen verdichten sich auch für die demokratisch Engagierten im Landkreis Sömmerda zu einem breiten Bedrohungsszenario. Die Interviews der Ressourcenanalyse bestätigten diese Entwicklung. Dies ist aus mehreren Gründen besorgniserregend und zeigt dringenden Handlungsbedarf:

- Bedrohungen und Angriffe gegen Engagierte können verschiedene physische und psychische Folgen auslösen.
- Angriffe auf Einzelne wirken sich auch auf andere (potenziell) Engagierte aus.
- Das breite Bedrohungsszenario kann zum Rückzug von Engagierten führen.
- Die Bedrohungen und Angriffe wirken sich zudem negativ auf die politische Kultur insgesamt aus.

Daher ist hier unmittelbarer Handlungsbedarf für alle demokratischen Akteur*innen im Landkreis gegeben. Dieser Bedarf gliedert sich in kurzfristige und mittel- bis langfristige Maßnahmen.

⇒ Kurzfristige Maßnahmen

Kurzfristig sollten insbesondere bestehende Beratungs- und Unterstützungsangebote beworben werden, da diese selbst den interviewten Engagierten nicht immer bekannt waren:

- [ezra: Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen](#) (ezra. Opferberatung Thüringen 2025)
- [elly: Beratung, Begleitung und Unterstützung für Betroffene von Hatespeech in Thüringen](#) (elly – Beratungsstelle für Betroffene von Hatespeech in Thüringen 2025)
- [EmpowerMensch: Beratung gegen Diskriminierung in Thüringen](#) (EmpowerMensch Beratungszentrum gegen Diskriminierung 2025)
- [„Starke Stelle“: für kommunale Amts- und Mandatsträger*innen](#). (Stark im Amt 2025)
- [Gegenrechtsschutz: bei juristischen Angriffen und Drohungen](#) (Gegenrechtsschutz 2025)

⇒ Mittel- bis langfristige Maßnahmen

Mittelfristig wird auf Basis der Ressourcenanalyse dringend angeraten, ein **kommunales Schutzkonzept für die engagierte Zivilgesellschaft** im Landkreis Sömmerda zu konzipieren und zu implementieren. Dieses Schutzkonzept, das Teil eines umfassenderen kommunalen *Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus* (vgl. 3.3) sein kann, sollte gemeinsam von kommunalen und zivilgesellschaftlichen Strukturen entworfen und langfristig getragen werden, um die größtmögliche Wirkkraft zu entfalten. Daher bietet es sich an, den Entwurf des Konzepts bei der lokalen Partnerschaft für Demokratie zu verankern. Die Aktion Zivilcourage hat 2025 einen umfangreichen [Praxisleitfaden für Schutzkonzepte](#) herausgegeben, der auch für den Landkreis Sömmerda handlungsleitend sein kann (vgl. Bochmann et al. 2025). Ein zentraler Aspekt dabei ist die Etablierung klar definierter Reaktionsketten bei Bedrohungen und Angriffen.

Neben Schutzkonzepten müssen Bedrohungen und Angriffe auch **systematisch dokumentiert** werden, um das Ausmaß zu verdeutlichen und eine verlässliche Grundlage für die Lagebeurteilung zu haben (vgl. Bley et al. 2020, S. 53).

3.2 SICHERUNG UND STÄRKUNG ZIVILGESELLSCHAFTLICHER ENGAGEMENTSTRUKTUREN

Der Befund der Situationsanalyse, dass sich die demokratische Zivilgesellschaft 2024 im Umbruch befand und neue Strukturen etablierte (vgl. Helmert et al. 2025c, S. 27 f.), bestätigt sich in den Erhebungen der Ressourcenanalyse. Ebenso bestätigt sich in der Ressourcenanalyse, dass die lokale **Partnerschaft für Demokratie** (PfD) einen zentralen Knotenpunkt des Engagements bildet, indem sie Engagierte vernetzt, deren Aktivitäten unterstützt und den Austausch mit der Kreisverwaltung gewährleistet. Die PfD ist entsprechend eine wichtige Basis für demokratisches Engagement im Landkreis:

„Also, für mich ist die Partnerschaft unfassbar wichtig. Und ich kriege ja jetzt durch die Medien mit, wie „Demokratie leben!“, worüber das ja finanziert wird, unter Beschuss steht. Und ich stelle mich ganz ehrlich mental drauf ein, dass die Partnerschaft in ein, zwei Jahren nicht mehr da ist. Was ich enorm schlimm fände, weil die hält das gerade alles zusammen. Und wenn da nicht eine Person oder ein, zwei Personen oder was Übergeordnetes ist, die das delegieren und mitorganisieren, Budgets zur Verfügung stellen, Räumlichkeiten zur Verfügung stellen, Workshops organisieren, da sehe ich wirklich schwarz. Also für mich ist die Partnerschaft ganz, ganz wichtig. Ich profitiere da, nicht nur ich, aber wir profitieren hier alle, die sich engagieren, enorm davon. Und ein Wegfall, finde ich, wäre eine Katastrophe für den Landkreis.“ (Interview 1)

Falls die im Zitat angesprochene Befürchtung einträte, dass die bundesweite Förderung der Partnerschaft für Demokratie vakant würde, steht zu befürchten, dass es erneut zu einem eklatanten Bruch der demokratischen Engagementstrukturen kommt. In diesem Fall ist der Kommunalverwaltung angeraten, den Wegfall der Bundesförderung auf anderem Wege zu kompensieren, um eine Kontinuität der demokratischen Engagements zu gewährleisten und so die demokratische Infrastruktur aufrecht zu erhalten.

2024 hat sich ein neues **Bündnis „Für einen weltoffenen Landkreis Sömmerda“** gegründet, das bereits im „Superwahljahr“ 2024 diverse prodemokratische Aktivitäten umsetzte (vgl. Helmert et al. 2025c, S. 28). Das Bündnis hat sich etabliert und auch 2025 verschiedene Aktivitäten vom *Demokratiefest* am 23. August 2025 bis hin zu Gegenaktivitäten zu rechtsextremen Veranstaltungen umgesetzt. Auf Basis der Erhebungen zur Ressourcenanalyse können Empfehlungen zur Verstärkung des Bündnisses gegeben werden:

⇒ Verbreiterung des Bündnisses

Im Bündnis sind bereits Personen mit diversen Hintergründen vertreten. Das betrifft sowohl die lokale Verortung als auch die Einbindung in andere Engagementbereiche. Entsprechend den Empfehlungen in Kapitel 3.1.1 erscheint es angeraten, das Bündnis noch breiter aufzustellen und neue Personen und Strukturen darin einzubinden. Insbesondere sind auch die demokratischen Parteien angehalten, das Bündnis zu unterstützen, was laut Interviewten zum Teil bereits geschieht. Teilweise wurde jedoch ebenso die Wahrnehmung geschildert, dass einzelne Parteien gespalten seien. Aufgrund des Wunsches nach einem „neutralen“ Verhalten würden sich Teile der Parteien bewusst nicht im Bündnis engagieren, da sich dieses klar gegen die diskriminierende und rechtsextreme Ideologie der AfD positioniert (vgl. Interview 4). Eben jene Positionierung gegen diskriminierende und rechtsextreme Ideologie widerspricht jedoch nicht dem Gebot der

Neutralität, sondern ist dem Grundgesetz im Sinne einer „wehrhaften Demokratie“ immanent und sollte somit unterstützt werden.

Gleichzeitig kann den Vertreter*innen des Bündnisses, aber auch Engagierten darüber hinaus, zusätzlich angeraten werden, entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten Präsenz in bestehenden Gremien zu zeigen und ihre Perspektiven und Anliegen stärker an die Kommunalpolitik und -verwaltung heranzutragen. Beispielsweise wurde geschildert, dass öffentliche Gremiensitzungen, sowohl von Fachausschüssen als auch im Kreistag, ebenso wie die Bürgerstunde im Kreistag nur selten genutzt würden (Interview 5). Hier bietet sich die Möglichkeit, die Arbeit des Bündnisses und seine Inhalte zu vertreten und Aufmerksamkeit auf seine Anliegen zu lenken. Außerdem könnte eine stärkere Wahrnehmung dieser Angebote auch eine Steuerungsgruppe bzw. einen Runden Tisch für Demokratie anregen.

⇒ Zusammenarbeit mit anderen Bündnisstrukturen

In anderen Landkreisen existieren lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus, die teilweise bereits seit Jahrzehnten bestehen. [Mobit, die mobile Beratung für Demokratie – gegen Rechtsextremismus in Thüringen](#) (MOBIT 2025), arbeitet eng mit diesen zusammen und verfügt daher über einen breiten Erfahrungsschatz. Auch in Sömmerda gab es von 2012 bis 2022 das Bündnis „Für einen toleranten Landkreis“ (vgl. Helmert et al. 2025c, S. 27 f.). All diese Erfahrungen und Ressourcen werden bereits teilweise genutzt, wie die überregionale Beteiligung am Demokratiefest im August 2025 zeigt (Interview 1). Der intensivierte Erfahrungstransfer und die Vernetzung bieten aber weiteres Potenzial zur Stärkung des Sömmerdaer Bündnisses.

⇒ Gezielte Handlungsstrategien

Zu diesen Potenzialen gehört auch die Entwicklung von längerfristigen Handlungsstrategien. Bisher wurden die Aktivitäten des Bündnisses vor allem als kurzfristig ausgerichtet wahrgenommen. Hier kann der Erfahrungstransfer aus anderen Bündnissen und Vernetzungen zu einer nachhaltigeren Perspektive des Bündnisses beitragen.

In eine solche langfristige Strategie können beispielsweise Ansätze zur Gewinnung neuer Engagierter, Konzepte zur stärkeren Einbindung der Kommunalpolitik, Strategien der Öffentlichkeitsarbeit und neue Formate der Bündnisarbeit integriert sein.

3.3 KOMMUNALES HANDLUNGSKONZEPT GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Bereits in Kapitel 3.1.3 wurde dargelegt, dass die Etablierung eines **kommunalen Schutzkonzepts für die engagierte Zivilgesellschaft** ein zentraler Handlungsbedarf im Landkreis ist. Vor dem Hintergrund einer massiven rechtsextremen Landnahme, wie sie schon in der Situationsanalyse, aber auch in den Interviews der Ressourcenanalyse dargestellt wurde, wird zugleich die Implementierung eines umfassenden **kommunalen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus** empfohlen, das neben dem Schutz von zivilgesellschaftlich Engagierten weitere Punkte gegen rechtsextreme Landnahme enthält. Ein solches Handlungskonzept sollte gemeinsam von kommunalpolitischen Verantwortungsträger*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen entworfen und implementiert werden, um Synergieeffekte zu erzielen und angesichts der massiven antidemokratischen Entwicklung effektive und tragfähige Strukturen aufzubauen. Dieser breit gefächerte Beteiligungsansatz hat sich im Landkreis bereits in anderen Bereichen etabliert. Die weitgehend als positiv und konstruktiv wahrgenommene Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, dem Landrat und der Kommunalverwaltung (vgl. Helmert et al. 2025c, S. 31 f.), die auch in den Interviews zur Ressourcenverwaltung sowohl von zivilgesellschaftlich Engagierten als auch von Interviewten aus der Kommunalverwaltung geschildert wurde, ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

Im Landkreis gibt es bereits Strategien: „[...] im Bereich der Integrierten Sozialplanung, etwa die Ehrenamtsstrategie, die Armutspräventionsstrategie, die Integrierte Sozialstrategie und die Bildungsstrategie“ (Interview 5). An diese Strategien sollte angeknüpft werden, um Parallelstrukturen zu vermeiden und Synergien zu nutzen.

Mögliche Bestandteile eines Handlungskonzepts können oder sollten sein:

⇒ Bekenntnis aller Akteur*innen für einen vielfältigen und demokratischen Landkreis Sömmerda

Ein klares Bekenntnis, in Form eines **Leitbilds**, einer Präambel o. Ä., stellt heraus, dass kommunale und zivilgesellschaftliche Strukturen gemeinsame demokratische und vielfaltsbejahende Werte teilen, auf denen ihre Arbeit aufbaut, und sich gegen die Gefahr der rechtsextremen Demokratiegefährdung im Landkreis positionieren.

Es ist somit zugleich ein symbolischer Schulterschluss nach außen und nach innen eine wichtige Basis für die Zusammenarbeit. Beispiele für solche Leitbilder bieten das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport 2017) oder das Jenaer Stadtprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz (Kokont Jena 2022).

⇒ Regelmäßige Austauschorte zwischen Kommunalverwaltung und -politik, Zivilgesellschaft, Sicherheitsbehörden, bspw. ein Runder Tisch für Demokratie

Zur frühzeitigen Erkennung von antidemokratischen Gefährdungslagen und zur Abstimmung eines gemeinsamen Vorgehens wird ein **regelmäßiger, frei zugänglicher, anlassunabhängiger**

Austauschort der demokratisch Engagierten empfohlen. Hier ist es wichtig, dass alle Akteur*innen auf einer Hierarchieebene miteinander sprechen können, ohne dass Abhängigkeitsverhältnisse bestehen. Dieser Austauschort könnte beispielsweise durch eine **Steuerungsgruppe** des kommunalen Handlungskonzepts oder durch einen regelmäßig getaketen „**Runden Tisch für Demokratie**“, wie er sich in Jena bewährt hat (Kokont Jena 2024), gebildet werden. Auch im Landkreis Sömmerda gibt es in anderen Problembereichen Vorbilder, wie den „*Runden Tisch gegen häusliche Gewalt*“ (Interview 5).

⇒ Präventionsmaßnahmen gegen rechtsextreme, diskriminierende und demokratiegefährdende Entwicklungen

Das Handlungskonzept sollte darüber hinaus **gebündelte Präventionsmaßnahmen und -konzepte** entwickeln und abstimmen, um die bestehenden Ansätze gegen demokratiegefährdende Entwicklungen im Landkreis zu bündeln und zu koordinieren. Ziel des Konzepts ist es, ein **kommunales Frühwarnsystem gegen demokratiegefährdende Entwicklungen** zu etablieren, indem Wissen und Wahrnehmungen gebündelt werden, und gleichzeitig Präventions- und Interventionsmaßnahmen zwischen verschiedenen prodemokratischen Akteur*innen abzustimmen. Dafür ist es notwendig, die relevanten Akteur*innen im Landkreis einzubeziehen: „Z.B. *Fachkräfte aus der Präventionspraxis, Fachkräfte aus der regelstrukturbasierten Angebotslandschaft, Fachkräfte aus der Kommunalverwaltung, Fachkräfte von einschlägigen Fach- und Beratungsstellen, Vertreter:innen der Lokalpolitik, Vertreter:innen von Sicherheitsbehörden, Vertreter:innen von Migrant:innenorganisationen, Vertreter:innen von Religionsgemeinschaften und Vertreter:innen von Wohlfahrtsverbänden.*“ (vgl. Müller et al. 2024, S. 13)

Das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sieht in seiner Förderrichtlinie ein von der internen Koordinierungs- und Fachstelle initiiertes und koordiniertes Ämternetzwerk vor, das sowohl die Durchführung eines *Runden Tisches* als auch die Entwicklung eines kommunalen Frühwarnsystems veranlassen könnte.

⇒ Melde- und Dokumentationssysteme bei Angriffen und Bedrohungen

Um adäquate Gegenmaßnahmen zu entwickeln, ist eine fundierte Bestandsaufnahme der Demokratiegefährdungen notwendig: *Ein „reguläres Monitoring und ein Klima des Schutzes von Engagierten und (potentiell) Betroffenen fördert eine demokratische Öffentlichkeit“* (Dietrich et al. 2021, S. 101).

Hierzu erscheint eine **systematische Erhebung von Angriffen und Bedrohungen** in Zusammenarbeit mit bestehenden landesweiten Melde- und Dokumentationsstellen, wie beispielsweise [RIAS Thüringen – der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus](#) (RIAS Thüringen 2025), [ezra: Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen](#) (ezra. Opferberatung Thüringen 2025) oder [MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen Für Demokratie - gegen Rechtsextremismus](#) (MOBIT 2025) angeraten.

⇒ Monitoring rechtsextremer Aktivitäten

Wie bereits in der Situationsanalyse beschrieben, bestätigte sich auch in den Interviews zur vorliegenden Ressourcenanalyse, dass es im Landkreis Sömmerda teils zu wenig Wissen zu rechtsextremen Strukturen und deren Betätigung gibt. Beispielsweise fehlt systematisches Wissen zu den sogenannten „Reichsbürger*innen“ und deren Strukturen im Landkreis (vgl. Helmert et al. 2025c, S. 16). Ein „**kontinuierliches und professionelles Monitoring**“ (Siemer et al. 2022, S. 30) extrem rechter Strukturen und Aktivitäten ist jedoch notwendig, um extrem rechte Netzwerke zu identifizieren und zu analysieren und somit Ansatzpunkte für die demokratische Arbeit zu liefern und das Entstehen neuer rechtsterroristischer Bestrebungen zu verhindern. (vgl. Grunert 2021, S. 22).

Die Entwicklung und Implementierung eines umfassenden **kommunalen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus unter Einbezug der vorgenannten Punkte** ist ein aufwendiger und langwieriger Prozess. Dieser sollte auf Basis der Situationsanalyse und der für die Ressourcenanalyse geführten Interviews angegangen werden, um der rechtsextremen Landnahme und daraus resultierenden Gefährdungslagen entgegenzuwirken. Aufgrund der Langwierigkeit wird empfohlen, einzelne Elemente bereits umzusetzen, bevor das gesamte Handlungskonzept entworfen und abgestimmt ist. Beispielsweise kann kurzfristig eine Steuerungsgruppe bzw. ein Runder Tisch für Demokratie etabliert werden, die gemeinsam das umfangreiche Handlungskonzept abstimmen.

3.4 SITUATION VON GESELLSCHAFTLICH MARGINALISIERTEN GRUPPEN

Bereits in den Interviews der Situationsanalyse wurde festgestellt, dass es im Landkreis Sömmerda vergleichsweise wenige Anlaufstellen für Menschen gibt, die zu gesellschaftlich diskriminierten Gruppen gehören.

„Ich habe das Gefühl, es gibt viel zu wenig politische, politisierte Räume, die Anlaufstellen sind für Menschen, damit sie sich nicht so alleine fühlen, wenn sie von Rassismus betroffen sind, Queerfeindlichkeit, Sexismus oder Behindertenfeindlichkeit erfahren, vor allem junge Menschen. Es gibt diese Räume nicht strukturell.“ (Zitat aus der Fokusgruppendifkussion Helmert et al. 2025c, S. 33)

Auch in der Ressourcenanalyse wurden diese fehlenden Räume und Strukturen angesprochen. Es wurde der Eindruck geäußert, dass sich Betroffene stark nach Erfurt und in Richtung landesweiter Strukturen orientieren. Das exkludiert jedoch Menschen mit eingeschränkter Mobilität oder ohne die nötige Zeit, um Selbstvertretungsmöglichkeiten in Erfurt wahrzunehmen. Zugleich sind jene Gruppen besonders von der rechtsextremen Landnahme betroffen, da die rechtsextreme Ideologie die Abwertung und Ausgrenzung dieser gesellschaftlichen Gruppen propagiert und mittels Bedrohungen und Angriffen in die Tat umsetzt.

Daher sind die Handlungsempfehlungen aus der Situationsanalyse nach wie vor aktuell:

- Unterstützung beim Ausbau von Selbstorganisationen von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen, z.B. von Antiziganismus-Betroffenen
- Ausbau und stärkere Sichtbarkeit von Anlaufstellen für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen

Ein Beispiel dafür, wie das umgesetzt werden kann, ist **LOVE – Ländliches Netzwerk für Offenheit, Vielfalt und Ermutigung**. „In der Gruppe treffen sich einmal monatlich Menschen mit diverser sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität, um sich gemeinsam zu organisieren, zu unterstützen und selbstbewusst nach außen zu treten.“ (LOVE – Ländliches Netzwerk für Offenheit, Vielfalt und Ermutigung 2025) Die Gruppe wird wiederum von der Partnerschaft für Demokratie unterstützt. Somit wurde eine lokale Struktur geschaffen, die einen Schutzraum bietet und das Interesse organisiert artikulieren und sichtbar machen kann. Menschen, die sich hier engagieren, können Selbstwirksamkeitserfahrungen machen, die sie wiederum zum Mitwirken in der demokratischen Zivilgesellschaft motivieren können (siehe oben) und so auch im Landkreis wirken. LOVE kann für weitere Gruppen als ein Best Practice-Beispiel dienen. Ähnliche Strukturen werden beispielsweise auch für von Rassismus oder Sexismus Betroffene empfohlen. Dahingehend unternimmt die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Sömmerda bereits den Versuch, aus der Ukraine geflüchtete Rom*nja bei ihrer Organisation zu unterstützen. Wenn marginalisierte Gruppen noch nicht über ausreichende Selbstorganisation verfügen, bedarf es ihrer Einbindung als eigenständige Akteur*innen in zivilgesellschaftliche Netzwerke. Hierüber können Zugänge zu spezifischen Bedarfslagen geschaffen werden (Dietrich et al. 2021, S. 108). Die demokratische Zivilgesellschaft kann entsprechende Organisationen demnach unterstützen und sich mit ihnen vernetzen. Die Kommunalverwaltung wiederum sollte die Perspektiven dieser Gruppen in ihre Arbeit einbeziehen und Räume und Ressourcen zur Verfügung stellen.

Einen Schwerpunkt in den Interviews der Ressourcenanalyse bildeten **die Bedarfe von Menschen mit Behinderung**. Hier gibt es bereits verschiedene Anlaufstellen und Angebote im Landkreis, die oft von einem zentralen Träger, der Stiftung Finneck, gestaltet werden. Dazu gehören bspw. Teilhabezentren in Buttstädt und der Stadt Sömmerda oder der „Empowerment-Politik-Aktiv-Zirkel“ (vgl. Stiftung Finneck 2025).

Gleichwohl wurden in den Interviews auch diesbezüglich Handlungsnotwendigkeiten benannt:

⇒ Stabile Finanzierung von Inklusionsförderung

Im Rahmen der Interviews wurde die Gefahr geäußert, dass die Inklusionsförderung durch die Kreisverwaltung oder das Land finanziell eingeschränkt werden könnte. Hier wurde die Wichtigkeit der bestehenden Maßnahmen hervorgehoben sowie die Dringlichkeit, diese unbedingt fortzuführen bzw. auszuweiten (Interviews 2 und 3).

⇒ Maßnahmen gegen Diskriminierung

In den Interviews wurden mehrmals Diskriminierungserfahrungen von Menschen mit Behinderung angesprochen. Als eine Ursache hierfür wurden wiederum fehlende Begegnungsräume benannt:

„Und ich denke, da muss einfach viel Begegnung passieren, letztlich: Sichtbarkeit, Begegnung. Räume müssen geschaffen werden, und letztlich sollte auch vorgelebt werden, wie cool das auch sein kann, wie bereichernd Menschen mit Behinderung sein können.“ (Interview 2)

Eben solche Räume sollten entsprechend etabliert und genutzt werden.

⇒ Stärkere Berücksichtigung der Interessen von Menschen mit Behinderung

Die Interessen von Menschen mit Behinderung sollten im kommunalen Handeln stärker berücksichtigt werden. Ein Beispiel dafür ist der ÖPNV im Landkreis, dessen Taktung und Ausgestaltung den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung häufig nicht gerecht werden. Ein weiteres Beispiel ist die fehlende Leichte Sprache bei vielen Dokumenten und Informationen der Kreisverwaltung. Hier wurde ein deutlicher Bedarf geäußert, sowie beim generellen Abbau von Barrieren in politischen und sozialen Räumen.

Auch die engagierte demokratische Zivilgesellschaft sollte überprüfen, wo ihr Engagement inklusiver werden kann, indem barrierearme Engagementmöglichkeiten ausgebaut werden.

In den Interviews wurde außerdem die Forderung erhoben, dass es neben dem etablierten Behindertenbeauftragten auch einen **Behindertenrat** im Landkreis geben sollte, in dem Betroffene ihre Interessen und Handlungsnotwendigkeiten selbst formulieren und adressieren können. Dieser würde die Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung deutlich erweitern. Ein ähnliches Konzept kann auch für andere gesellschaftlich marginalisierte Gruppen empfohlen werden. So könnten sogenannte Ausländer- oder Integrationsbeiräte, beispielsweise geflüchteten Menschen ohne Wahl- oder andere Mitbestimmungsrechte ermöglichen, durch Anhörungen Einfluss auf die kommunale Verwaltung und Politik zu nehmen.

Dieser Beirat könnte zugleich die Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung im Landkreis erhöhen, die derzeit als zu gering beschrieben wird. Ein konkreter Vorschlag zur Erhöhung der Sichtbarkeit war, dass breite Bevölkerungsgruppen – von Schulklassen bis zum Landrat – Kurzzeitpraktika in Werkstätten für Menschen mit Behinderung absolvieren, um die Arbeitssituation kennenzulernen und in den Austausch zu kommen (Interview 3). Dies könnte beispielsweise im Rahmen des bundesweiten Aktionstags „Schichtwechsel“ geschehen (vgl. Blum 2025).

3.5 STÄRKUNG VON ANGEBOTEN UND PARTIZIPATIONSMÖGLICHKEITEN FÜR JUGENDLICHE

In der Situationsanalyse wurden verschiedene Handlungsfelder aufgezeigt, die auf die Stärkung von Partizipationsmöglichkeiten und deren Wahrnehmung durch Jugendliche abzielen (vgl. Helmert et al. 2025c, S. 24 f.) In den Interviews der Ressourcenanalysen bestätigte sich der Eindruck, dass rechtsextreme Einstellungen gerade bei Jugendlichen in den letzten beiden Jahren zugenommen haben. Über die Ursachen konnten die Befragten jedoch nur mutmaßen: „*Das, was ich jetzt so als Externer sehe, ist, dass natürlich Kinder und Jugendliche besonders durch Social Media angesprochen werden, was ja die AfD auch als Strategie verankert hat, dass sie das halt macht und damit halt auch sehr erfolgreich leider ist.*“ (Interview 4)

Für eine objektive Einschätzung der politischen Einstellungen von Jugendlichen im Landkreis Sömmerda, ihrer Interessen und der für sie wichtigen Themen fehlt leider die empirische Grundlage. Eine Möglichkeit, das zu beheben, könnte eine **landkreisspezifische Jugendstudie** sein (vgl. Dietrich et al. 2021, S. 113). In anderen Landkreisen Thüringens werden solche Studien zum Teil regelmäßig durchgeführt (vgl. Orbit 2025). Das ermöglicht einerseits eine objektive Beurteilung der Entwicklung der Einstellungen von Kindern und Jugendlichen und zeigt andererseits zugleich Themen und Inhalte auf, die im lokalen Kontext relevant und damit für eine zielgruppenspezifische Ansprache Heranwachsender durch verschiedene Akteur*innen der Jugendarbeit belangvoll sind.

Ein weiteres Handlungsfeld, das in der Situationsanalyse aufgezeigt wurde, ist die wahrgenommene Zentrierung von Angeboten und Beteiligungsstrukturen für Jugendliche auf die Stadt Sömmerda (vgl. Helmert et al. 2025c, S. 24.). Hier scheint ein „**Flexibles Jugendmanagement**“ (Dietrich et al. 2021, S. 42) eine Handlungsmöglichkeit zu sein. Dies wird bspw. im Kyffhäuserkreis in Form einer „Mobilen Jugendarbeit“ erfolgreich praktiziert (vgl. Helmert et al. 2025b, S. 33 ff.), was einen Anknüpfungspunkt auch in den Landkreis Sömmerda bietet.

Eine zusätzliche Möglichkeit, die Wahrnehmung von Angeboten für Jugendliche zu erhöhen, sind **öffentlichkeitswirksame Großveranstaltungen** (vgl. Günther et al. 2023, S. 57 f.). Diese bieten das Potenzial, mit einer Maßnahme viele Jugendliche zu erreichen und auf Angebote aufmerksam zu machen. Ein Beispiel dazu kommt ebenfalls aus dem Kyffhäuserkreis: Dort zeigte ein „Jugend-Demografie-Dialog“ in der Vergangenheit eine solche aktivierende Wirkung und bildete den Auftakt für ein Jugendnetzwerk im Kreis (vgl. Helmert et al. 2025b, S. 37).

All diese Maßnahmen können ihre Potentiale jedoch nur entfalten, wenn die Perspektiven und Anliegen Jugendlicher ernst genommen werden. Bereits in der Situationsanalyse wurde hier teilweise eine **Abwehrhaltung** von relevanten Akteur*innen bspw. von einzelnen Stadträten beschrieben (vgl. ebd.). Das ist keine Alleinstellung des Landkreises Sömmerda, sondern lässt sich auch in anderen Landkreisen beobachten. (vgl. bspw. Simon et al. 2024, S. 72). Hier braucht es ein Umdenken und eine breite Akzeptanz von Jugendbeteiligung, um Heranwachsende zu motivieren und zur Wahrnehmung ihrer Partizipationsmöglichkeiten zu mobilisieren.

4 SCHLUSS

Die vorliegende Ressourcenanalyse für den Landkreis Sömmerda baut auf der Situationsanalyse aus dem Februar 2025 auf und zeigt Handlungsoptionen zur Stärkung der demokratischen Kultur im Landkreis auf. Dabei wurden die wesentlichen Kernbefunde der Situationsanalyse bestätigt.

- Die mit Abstand größte Demokratiegefährdung geht im Landkreis, wie auch überregional, von der rechtsextremen Landnahme aus, die sich in verschiedenen Formen äußert.
- Es gibt eine aktive demokratische Zivilgesellschaft im Landkreis, die zumeist von wenigen Engagierten getragen wird, die häufig in mehreren Strukturen engagiert und damit mehrfach belastet sind.
- Die demokratische Zivilgesellschaft sieht sich einem vielfältigen Bedrohungsszenario ausgesetzt, und die Diskussion um staatliche Fördergelder belastet sie zusätzlich.

Aus diesen Gründen ist es notwendig, dass die demokratische Zivilgesellschaft aktiv auf der Landesebene, aber auch durch die Kommunalverwaltung und -politik unterstützt wird und mit dieser zusammenarbeitet. Die Ressourcenanalyse zeigt in fünf zentralen Handlungsfeldern auf, wie neue Engagierte gewonnen (Kapitel 3.1), die demokratische Kultur gestärkt (Kapitel 3.2), der rechtsextremen Landnahme begegnet (Kapitel 3.3), gesellschaftlich marginalisierte Gruppen unterstützt (Kapitel 3.4) und Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche stärker nutzbar gemacht werden können (Kapitel 3.5).

Die vorgeschlagenen Maßnahmen benötigen allesamt Ressourcen. Neben Engagierten und Räumen sind dies vor allem auch Finanzmittel. Die Sicherstellung verlässlicher Ressourcen auf kommunaler und Landesebene für die demokratische Zivilgesellschaft ist unabdingbar, um die Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kultur umzusetzen. Dies kollidiert jedoch mit den Diskussionen über eine Reduzierung der Mittel für die Demokratieförderung auf Bundes- und Landesebene. Für einzelne Maßnahmen könnten daher alternative Förderungen unbürokratisch nutzbar gemacht werden. Beispielsweise:

- [Netzwerk PolyLux](#)
- [Kulturstiftung des Bundes](#)
- [Zukunftswege Ost](#)
- [Zusammen für Demokratie](#)
- [Projektförderung der Amadeu Antonio Stiftung](#)

Alle vorgeschlagenen Konzepte und Ansätze sind dabei als Vorschläge und Diskussionsgrundlage aus der Außenperspektive zu verstehen. Die Gewichtung und Implementierung der Ansätze muss von den demokratischen Akteur*innen vor Ort ausgehandelt werden. Dies kann die Grundlage dafür sein, der rechtsextremen Landnahme lokal zu begegnen.

5 LITERATURVERZEICHNIS

- Aktionskreis Demokratie (2025): AktionsPreis Demokratie 2025 – Gemeinsam stemmen, gemeinsam feiern – Aktionskreis Demokratie. Online verfügbar unter <https://aktionskreis-demokratie.de/aktionspreis-demokratie-2025-gemeinsam-stemmen-gemeinsam-feiern>, zuletzt aktualisiert am 17.11.2025, zuletzt geprüft am 17.11.2025.
- Becker, Carlos; Kremeti, Eleni; Saßmannshausen, Jan; Schwall, Talisa (2024): Aktivierung für Demokratie in strukturschwachen Räumen. Raumtypologie, Praxis und Gelingensbedingungen der Engagementförderung. Hg. v. Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. Online verfügbar unter https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2025/05/Zusammenleben-in-der-Migrationsgesellschaft_Aktivierung_fuer_Demokratie_2024_-_Barrierefreie_Version.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2025.
- Bley, Matthias; Dietrich, Kai; Eulenberger, Dr. phil. Jörg; Glaser, Ricardo (2020): Zwickau Ticker 2020. Situations- und Ressourcenanalyse für die Ausrichtung und Umsetzung der Zwickauer Partnerschaft für Demokratie sowie der Demokratiearbeit in Zwickau. Hg. v. Alter Gasometer e.V. Soziokulturelles Zentrum Zwickau. Online verfügbar unter https://www.zwickauer-demokratie-buendnis.de/wp-content/uploads/sites/2/2020/07/Zwickau-Ticker_ZweiteFassung.pdf, zuletzt geprüft am 29.10.2025.
- Blum, Hans-Peter (2025): Schichtwechsel in Nordhausen: Wenn ein Präsident plötzlich an der Werkbank steht. In: *Thüringer Allgemeine*, 26.09.2025. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/nordhausen/article410087726/schichtwechsel-in-nordhausen-wenn-ein-praesident-ploetzlich-an-der-werkbank-steht.html>, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- Bochmann, Cathleen; Koller, Phillip; Merker, Mandy (2025): Zivilgesellschaft stärken und schützen. Ein Praxisleitfaden für kommunale Schutzkonzepte bei Bedrohungen gegen zivilgesellschaftlich Engagierte. 1. Auflage. Hg. v. Aktion Zivilcourage e.V. Dresden. Online verfügbar unter https://www.aktion-zivilcourage.de/_Resources/Persisent/4/0/9/7/4097fb97fe6454663b3bfb5064139a3441b5c357/2024_Praxisleitfaden_Zigesus.pdf, zuletzt geprüft am 28.10.2025.
- Diekmann, Andreas (2004): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 12. Auflage. Hamburg: Rowohlt Verlag.
- Dietrich, Kai; Eulenberger, Jörg; Glaser, Ricardo (2021): Landkreis Nordsachsen 2020. Situations- und Ressourcenanalyse für die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Nordsachsen. Hg. v. Partnerschaft für Demokratie in Nordsachsen.
- elly – Beratungsstelle für Betroffene von Hatespeech in Thüringen (2025): elly – against Hatespeech. Beratungsstelle für Betroffene von Hatespeech in Thüringen. Startseite. Online verfügbar unter <https://elly-beratung.de>, zuletzt aktualisiert am 28.10.2025, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- EmpowerMensch – Beratungszentrum gegen Diskriminierung (2025): EmpowerMensch – Beratungszentrum gegen Diskriminierung. Fachstelle Thüringen. Startseite. Online verfügbar unter <https://empowermensch.org>, zuletzt aktualisiert am 19.11.2025, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- ezra. Opferberatung Thüringen (2025): ezra. Opferberatung in Thüringen. Startseite. Online verfügbar unter <https://ezra.de>, zuletzt aktualisiert am 18.11.2025, zuletzt geprüft am 18.11.2025.
- Fielitz, Maik; Marcks, Holger (2020): Digitaler Faschismus. Soziale Medien als Motor des Rechtsextremismus. Berlin: Dudenverlag.

- Gegenrechtsschutz (2025): Gegenrechtsschutz – Jede Klage zählt! Startseite. Online verfügbar unter <https://gegenrechtsschutz.de>, zuletzt aktualisiert am 18.11.2025, zuletzt geprüft am 18.11.2025.
- Grunert, Johannes (2021): Policy Paper 2021-4. Situationsanalyse: die extrem rechte Szenen in Zwickau. Hg. v. Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI). Leipzig. Online verfügbar unter https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/EFBI_PolicyPaper_2021-4_neu.pdf, zuletzt geprüft am 29.10.2025.
- Günther, Friederike; Präger, Steffen; Döschner, Juliane (2023): Situations- und Ressourcenanalyse der Partnerschaften für Demokratie im Wartburgkreis und in Eisenach/Wutha-Farnroda. Hg. v. Wandelwerft GmbH. Online verfügbar unter https://www.denkbunt-wartburgkreis.de/fileadmin/files/Aktuelles/SRA_PfDs_Endfassung.pdf, zuletzt geprüft am 29.10.2025.
- Helmert, Cornelius; Sondermann, Rosa; Wagenschwanz, Lisa; Böhme, Tom (2025a): Eine breite Zivilgesellschaft unter Druck. Situations- und Ressourcenanalyse für den Lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus Erfurt / Partnerschaft für Demokratie (PfD). Hg. v. Stadtverwaltung Landeshauptstadt Erfurt. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/Situations.und.Ressourcenanalysen/SRA_Erfurt/SRA_Erfurt_final.pdf.
- Helmert, Cornelius; Wagenschwanz, Lisa; Sondermann, Rosa (2025b): Situations- und Ressourcenanalyse für die Partnerschaft für Demokratie im Kyffhäuserkreis. Unter Mitarbeit von Amelie Brockhaus. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/Situations.und.Ressourcenanalysen/SRA_Kyffh%C3%A4user/Situations-und_Ressourcenanalyse_Kyff_final.pdf.
- Helmert, Cornelius; Wagenschwanz, Lisa; Sondermann, Rosa (2025c): Situationsanalyse der demokratischen Kultur und ihrer Gefährdungen im Landkreis Sömmerda. Unter Mitarbeit von Amelie Brockhaus. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/Situations.und.Ressourcenanalysen/SRA_S%C3%B6mmerda/IDZ_Situationsanalyse_S%C3%B6mmerda.pdf.
- Jugel, David; Hertel, Celina M. (2024): Demokratische Bildung im ländlichen Raum: Eine JoDDiD-Studie zu Potenzialen, Herausforderungen und Strategien außerschulischer politischer Bildung jenseits städtischer Perspektiven. Hg. v. John-Dewey-Forschungsstelle (JoDDiD). Online verfügbar unter https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/joddid/ressourcen/dateien/publikationen/JoDDiD_Jugel_Hertel_2024_demokratische-Bildung-im-laendlichen-Raum.pdf.
- Kamuf, Viktoria; Blüml, Marc; Dieckmann, Janine; Salheiser, Axel (2022): Anfeindungen gegen kommunalpolitische Amtsträger*innen und Beschäftigte in der Kommunalverwaltung: Ergebnisse einer Befragung in Thüringen. In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, Schwerpunkt Demokratie unter Druck, Band 12, S. 18–33. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFs_WsD12/WsD12_Beitrag_Viktoria_Kamuf_et_al.pdf, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- Kamuf, Viktoria; Helmert, Cornelius (2024): Thüringen zwischen den Wahlen – erhöhter Druck auf die demokratische Kultur. Kurzanalyse zu den Kommunalwahlen 2024 in Thüringen. Kurzanalyse zu den Stichwahlen der Thüringer Kommunalwahlen und Europaparlamentswahlen am 9. Juni 2024. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/_7_Kurzanalyse_Kommunalwahlen_Th%C3%BCrigen_2024_WEB.pdf, zuletzt geprüft am 18.11.2025.
- Kessler, Stefanie; Fuß, Aline (2025): Lokale Demokratie stärken: Perspektiven zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im ländlichen Raum in Thüringen. In: Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, 17. Schwerpunkt Uncivil Society – „Schattenseiten“ der

- Zivilgesellschaft, S. 144–157. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFs_WsD17/WsD17_WEB.pdf.
- Kokont Jena (2022): Jenaer Stadtprogramm – Kokont Jena. Online verfügbar unter <https://www.kokont-jena.de/jenaer-stadtprogramm>, zuletzt aktualisiert am 01.06.2022, zuletzt geprüft am 18.11.2025.
- Kokont Jena (2024): Der Jenaer Runde Tisch für Demokratie – Kokont Jena. Online verfügbar unter <https://www.kokont-jena.de/runder-tisch-fuer-demokratie>, zuletzt aktualisiert am 03.07.2024, zuletzt geprüft am 18.11.2025.
- Kokont Jena (2025): 24. Jenaer Preis für Zivilcourage – Kokont Jena. Online verfügbar unter <https://www.kokont-jena.de/23-jenaer-preis-fuer-zivilcourage>, zuletzt aktualisiert am 08.05.2025, zuletzt geprüft am 17.11.2025.
- Leber, Tina; Mertens, Fabian; Küpper, Beate (2024): „Auf der einen Seite ist es die totale Ohnmacht, auf der anderen Seite aber auch ein Antrieb.“ Bedrohung der zivilgesellschaftlichen Demokratiearbeit. Kurzbericht aus dem Projekt. Hg. v. BEWARE – Bedrohte Demokratieprojekte wappnen und resilient machen. Online verfügbar unter https://wi-rex.de/wp-content/uploads/2024/09/BEWARE_Bedrohung_der_zivilgesellschaftlichen_Demokratiearbeit_Kurzbericht_20240903.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2025.
- LOVE – Ländliches Netzwerk für Offenheit, Vielfalt und Ermutigung (2025): LOVE – Ländliches Netzwerk für Offenheit, Vielfalt und Ermutigung. Online verfügbar unter <https://www.pfd-soemmerda.de/love/>, zuletzt aktualisiert am 19.11.2025, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- Mayring, Philipp (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 13. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz.
- Meier, Tobias; Penta, Leo; Richter, Andreas (2022): Community Organizing. Eine Einführung. 1. Auflage. Weinheim: Beltz.
- MOBIT (2025): Mobile Beratung in Thüringen – MOBIT. Startseite. Online verfügbar unter <https://mobit.org/>, zuletzt aktualisiert am 03.11.2025, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- Müller, Elodie; Linßner, Janine; Kurtenbach, Sebastian (2024): Leitfaden zur Entwicklung eines kommunalen Handlungskonzepts der Radikalisierungsprävention. Hg. v. FH Münster. Online verfügbar unter https://rft.radikalisierende-raeume.de/wp-content/uploads/2024/04/Leitfaden_Entwicklung_kommunale_Strategie_zur_Radikalisierungspraevention_2024.pdf, zuletzt geprüft am 17.11.2025.
- Orbit (2025): Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen. Online verfügbar unter <https://www.orbit-jena.de/veroeffentlichungen>, zuletzt aktualisiert am 19.11.2025, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- RIAS Thüringen (2025): RIAS Thüringen. Meldestelle in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung. Startseite. Online verfügbar unter <https://report-antisemitism.de/rias-thueringen>, zuletzt aktualisiert am 18.11.2025, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- Salheiser, Axel; Dieckmann, Janine; Kamuf, Viktoria; Blüml, Marc (2023): Demokratie unter Druck. Anfeindungen auf Amtsträger*innen in der Kommunalpolitik und Beschäftigte der Kommunalverwaltung Thüringens. Forschungsbericht. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/IDZ_Forschungsbericht_Angriffe_Kommunal-pol_verw_2023.pdf, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- Siemer, Pia; Grunert, Johannes; Lang, Anna-Louise (2022): Policy Paper 2022-3. Situationsanalyse rechter und antidemokratischer Strukturen im Erzgebirgskreis. Hg. v. Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI). Leipzig. Online verfügbar unter https://weiterdenken.de/sites/default/files/2022-10/policy_paper_erzgebirge_2022.pdf, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- Simon, Stephanie; Thole, Werner; Wissig, Marie (2024): Situations- und Ressourcenanalyse der "Partnerschaft für Demokratie" im Saale-Orla-Kreis. Hg. v. Institut für Theorie und Empirie des Sozialen (ITES). Kassel. Online verfügbar unter https://www.ites-werkstatt.de/wp-content/uploads/2024/10/ITES_Bericht_Surreal-SOK-3-2024.pdf, zuletzt geprüft am 29.10.2025.

- Stark im Amt (2025): Starke Stelle. Online verfügbar unter <https://www.stark-im-amt.de/starke-stelle>, zuletzt aktualisiert am 18.11.2025, zuletzt geprüft am 18.11.2025.
- Stiftung Finneck (2025): Teilhabe & Wohnen: Teilhabezentrum. Online verfügbar unter <https://finneck-teilhabe-wohnen.de/teilhabezentrum>, zuletzt aktualisiert am 19.11.2025, zuletzt geprüft am 19.11.2025.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2025): Wahlen in Thüringen. Online verfügbar unter <https://wahlen.thueringen.de/start.asp>, zuletzt geprüft am 29.10.2025.
- Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Hg.) (2017): Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Erfurt. Online verfügbar unter https://denkbunt-thueringen.de/wp-content/uploads/2017/02/Landesprogramm-f%C3%BCr-Demokratie-Weltoffenheit-und-Toleranz_2017.pdf.
- Tuschling, Paula (2025): Rechtsaußenparteien auf lokaler Ebene. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/558583/rechtsaussenparteien-auf-lokaler-ebene>, zuletzt geprüft am 18.11.2025.
- VBRG (2025): Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in Deutschland 2024 – Jahresbilanzen der Opferberatungsstellen. In: *VBRG – Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt*, 20.05.2025. Online verfügbar unter <https://verband-brg.de/rechte-rassistische-und-antisemitische-gewalt-in-deutschland-2024-jahresbilanzen-der-opferberatungsstellen>, zuletzt geprüft am 18.11.2025.
- Weiberg, Mirjam und Schöll, Anja (2025): Schwindende Räume: Wenn demokratisches Engagement zur Zielscheibe wird. DeZIM Policy Briefs 3, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Online verfügbar unter https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/fis/publikation_pdf/FA-6264.pdf.
- Wenzel, Florian; Boeser, Christian; Schmidt, Wolf (2019): Dorfgespräch. Ein Beitrag zur Demokratieentwicklung im ländlichen Raum. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit (Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, Nr. 53).

